

Wolfgang Fritz Haug

Rücktritt von der Sozialpolitik — Eintritt in den Krieg¹

Als Oskar Lafontaine dem deutschen Bundeskanzler sein Amt als Bundesfinanzminister ohne ein Wort der Erklärung vor die Füße warf, den SPD-Vorsitz gleich hinterher, knallten die Sektkorken an der Börse, wo die Kurse um 7,3 Prozent nach oben sprangen, die einiger Versicherungsaktien sogar um mehr als zehn Prozent. Wenige Tage später knallte es ganz anders. Der Krieg der NATO gegen Jugoslawien, durch nationalistische Exzesse seitens Angehöriger des Mehrheitsvolkes in dieser seit zehn Jahren immer wieder amputierten multinationalen Bundesrepublik legitimiert, hatte begonnen. Auf die Gefahr hin, von den Tatsachen überholt zu werden, soll versucht werden, einige Zusammenhänge festzuhalten, die mit großer Wahrscheinlichkeit über die im Frühjahr 1999 aktuellen Ereignisse hinaus von Belang sein werden, deren Akteure, in den Worten von Gabriel García Márquez, »das furchtbare Risiko verbindet, die Wegbereiter des Dritten Weltkrieges zu sein«.

Teil I: Was aus der rot-grünen Koalition in Deutschland seit ihrem Wahlsieg geworden ist

1.

Wenn nach Gerhard Schröders Wahlsieg vom September 1998 angesichts der neoliberal getönten Rhetorik des »Dritten Wegs« einer »Neuen Mitte« offen war, was dieser Sieg für die Linke bedeute, so ist die Frage inzwischen doppelt entschieden: SPD und Grüne, bis dato Hoffnungsträger auf eine politische Wende, haben auf den Gebieten der Sozial-, Friedens- und Umweltpolitik vor den kapitalistischen und militärischen Mächten kapituliert.

Das deutsche Drama dieser in einem knappen halben Jahr sich vollziehenden Metamorphose war nur die lokale Inszenierung eines allgemeineren Stücks, setzt sich doch das »atlantische Bündnis«, nicht anders als die Europäische Union, mehrheitlich aus sozialdemokratisch geführten Regierungen zusammen, die, mit unterschiedlichen Nuancen, alle in derselben Lage waren, auch wenn sie nicht alle so gute Miene zum bösen Spiel machten wie die Schröder, Scharping,

Fischer.

Der Herausgeber von *Le Monde diplomatique*, Ignacio Ramonet, spricht deshalb von einem neuen »Verrat« der sozialdemokratischen Führer an den sozialistischen Idealen und konstatiert nicht weniger als den »ideologischen Zusammenbruch der Sozialdemokratie«. Von dieser werde nunmehr die Stelle des Konformismus, des Konservatismus eingenommen, sie sei »die moderne Rec^hte. Aus theoretischer Leere und Opportunismus heraus hat sie es als ihre historische Mission akzeptiert, den Neoliberalismus einzubürgern.« Im politischen Spektrum müsse folglich »die Linke künftig neu erfunden werden« (Ramonet). Das verkennt, dass dahinter die rechtere Rechte auf ihre nächsten Einsätze wartet, und droht, zu einem neuen Verrats- und Feindbild beizutragen und die Linke dazu zu verführen, die Komplexität des politischen Ringens zu verfehlten. Doch zweifellos wirken Kriegseintritt und Rücktritt von Sozialpolitik darin zusammen, der Assoziation politischer Handlungsfähigkeit links von SPD und Grünen höchste Dringlichkeit zu geben.

2.

Schröders Machtwort, mit ihm sei »keine Politik gegen die Wirtschaft« zu machen, beendete die erste Phase rot-grüner Regierungstätigkeit in Deutschland. Bis dahin war vor allem von Lafontaine und dem grünen Umweltminister Trittin versucht worden, wenigstens Ansätze sozialer und ökologischer Politik durchzusetzen. Diese Versuche wirkten, wie man allseits hören konnte, »unprofessionell«, wenn nicht gar »stümperhaft«. Zweifellos waren sie politisch ungenügend abgesichert, doch das ist abgeschlossene Geschichte und soll uns hier nicht beschäftigen. Sieht man genauer hin, zeigen sich jedoch weiterwirkende innere und äußere Gegensätze als zumindest mitproduzierend an den Effekten, die diesen Eindruck förderten.

Die äußeren Gegensätze waren nur allzu offenkundig: Das >bürgerliche< Lager formierte sich um mehrere Zentren zu Kampagnen von großer Schärfe. Die CDU, traditionell gegen plebisitzäre Elemente, ging auf die Straße und sammelte Unterschriften gegen einen Gesetzentwurf, der das *ius sanguinis* durch das *ius Soli* ablösen sollte; die Kampagne legitimierte und bündelte die dumpf-xenophobischen, ja rassistischen Tendenzen verunsicherter Bevölkerungsschichten und scheute nicht vor faktischer Aktionseinheit mit den Rechtsextremen zurück. Als noch viel folgenreicher erwies sich die Mobilisierung seitens der großindustriellen Interessenverbände, denen es gelang, die

¹ Zuerst erschienen in *Das Argument* 230, 41. Jg., 1999, H. 2/3, 167-176.

Masse der Kleinunternehmer, das Handwerk, die Hausbesitzervereine und andere Eigentümerinteressen mit sich zu ziehen. Vor allem die Versicherungen, wahre Kapitalriesen, und die enorme Kapitalmacht der Nuklearenergieunternehmen machten mobil. Wogegen? Gegen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zur Verringerung ökologiewidrigen Ressourcenverbrauchs und zur Stärkung der Sozialversicherung. All das in höchst bescheidenem Umfang.

Der im Verhältnis zu diesen geringfügigen Versuchen, die ökonomisch-sozialen Prozesse umzusteuern, maßlose Propagandakrieg der »Wirtschaft« mit Mobilmachung der auf die eine oder andere Weise am kapitalistischen Prozesssystem hängenden Klassen und Schichten ist eine handfeste Ursache für Lafontaines Scheitern. Aber warum vermied die Regierung ihrerseits jede Mobilisierung ihrer Anhänger? Und wie war es zu erklären, dass sie sich, ganz im Gegensatz zur meisterhaften TV-Selbstinszenierung von *vor* den Wahlen, in den Medien anfängerhaft präsentierte? Saßen nicht im Kanzleramt Politiker neuen Typs, die auf dieser Klaviatur zu spielen wussten? Entscheidend für Lafontaines Scheitern waren letztlich die Gegner aus der Regierung selbst. So hatte etwa der Wirtschaftsminister einige Wochen nach dem Wahlsieg erklärt: »Deutschland wurde in den letzten Jahren eine Menge Sozialismus aufgeladen, die nicht mehr bezahlbar ist.« Es sei die historische Aufgabe der SPD an der Regierung, »Wirtschaft und Gesellschaft wieder staatsfrei zu gestalten und wieder auf mehr Eigenverantwortung zu setzen«. Hinter diesen Euphemismen des Wirtschaftsministers Müller verbirgt sich das alte neoliberalen Rezept der »Deregulierung«. Müller, nicht Lafontaine, war Schröders Mann.

Einige Wochen lang lag die Initiative bei Lafontaine. Vom Finanzministerium aus betrieb er ein ganzes Bündel von Maßnahmen zur Stärkung der Nachfrage durch mehr soziale Steuergerechtigkeit, Ankurbelung der Konjunktur und Eindämmung der Finanzspekulationen. Schröders Kanzleramt intervenierte zwar ständig, konnte aber »nicht sofort die ganze Bewegungsrichtung umkehren« (Jäger). Günter Gaus meint, der Eindruck der Stümperhaftigkeit sei durch Heckenschützen aus den eigenen Reihen befördert worden und mit Lafontaine sei deshalb zugleich der sozialdemokratische »Volkstribun alten Stils dem Politiker neuen Typs« unterlegen, »der seinen Rückhalt wesentlich aus der Nutzung des Mediums Fernsehen gewinnt«. Das verführte Michael Jäger zu dem Satz: »Schröder ist nicht Danton, sondern Berlusconi.« Dazu müsste Schröder freilich ein Kapitalimperium kommandieren und den Großteil der Fernsehsender dazu; ferner müsste er einem Fan-Club als Wahlverein vorstehen, statt einer gewerkschaftlich angebundenen Traditionspartei wie der SPD. Doch zweifellos gehört zu seiner Regierungsweise ein Moment avancierter Mediatisierung, in deren Verlauf mitsamt den

Parteien das Parlament insgesamt an Funktion und Macht verliert.

Um Lafontaines Ausscheiden aus der Politik zu verstehen, muss man sich klar machen, dass er nicht eigentlich ein Linker², sondern ein *Représentant* der Linken war, von der ansonsten auf der politischen Bühne kaum etwas zu sehen und zu hören war. Lafontaines Projekt war die Rekonstruktion einer modernisierten sozialen Marktwirtschaft. Zu diesem Zweck griff er u.a. auf sozialkeynesianische Steuerungsinstrumente in maßvoller Dosierung zurück.

Europaweit wäre dies realisierbar gewesen, doch die Mehrheit seiner sozialdemokratischen Kollegen in Europa verdarb ihm dieses Spiel. »Die Redeweise von den unglücklichen weltpolitischen Allüren des einstigen Finanzministers unterstreicht, wie wenig die historische Auseinandersetzung selbst in weiten Teilen der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften verstanden worden ist.« (Bischoff u.a.) Selbst sozialer Keynesianismus ist der Sozialdemokratie inzwischen zu weit links, während der militärische, der Rüstungsausgaben konjunkturpolitisch einsetzt, von den USA her makabre Urstände feiert.

Im Verhältnis zur sog. »Wirtschaft« scheint der sozialdemokratische Kanzler seine Richtungskompetenz auf die Moderation der Kapitalinteressen einzuschränken. Das setzt eine Kette von Reduktionen in Gang: wenn die Politik in die Ökonomie fällt, dann die Ökonomie in die Finanzen, und die Finanzen fallen in den Markt. Das bedeutet Fortsetzung von Privatisierung, Abbau des öffentlichen Sektors, Bahnung des Wegs der Konzentration und Zentralisation des Kapitals zu planetarischer Macht.

3 .

Oskar Lafontaine war der >Kanzlermacher< gewesen. Sein Akt des Verschwindens war zugleich stummer Protest und Selbstopfer. Hätte er seine Machtposition als SPD-Vorsitzender zum Kampf um seine politischen Optionen genutzt, hätte dies mit der Selbstzerstörung der Regierungspartei SPD enden können. Doch haben sein Schweigen und seine Kampflosigkeit die Linke in der SPD und in der Wählerschaft ihrer Repräsentation beraubt. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Abwesenheit eine Dynamik forciert, die zu einer »Neuerfindung der Linken« beitragen könnte. Eine der Fragen, die das Wahlergebnis vom September 1998 aufgeworfen hatte, erhält durch dieses Repräsentationsdefizit der linken Wählerschaft

² Michael Jäger idealisiert ihn zu einem solchen: Lafontaine »kämpfte gegen Ausbeutung« und habe »gezeigt, dass man das Großkapital entmachten könnte«. Das ist eine doppelte Illusion.

eine historische Zuspitzung: Die PDS könnte nun genau zum Kristallisierungspunkt einer linken Opposition werden. Sie ist die einzige Partei, welche die sozialen und ökologischen Ziele vieler Sozialdemokraten und Grünen hochhält und der wachsenden Kriegsablehnung organisierten Ausdruck verleiht. Die Nachrichten von Austritten aus den Regierungsparteien und von Übertritten zur PDS mehren sich. Freilich ist die PDS vor allem für die westdeutsche Wählerschaft noch immer so belastet, dass sie vorerst nur schwerlich massenhaft als wählbare Alternative akzeptiert werden dürfte.³ Wahrscheinlicher sind Ausgründungen aus den Regierungsparteien, die mit der PDS kooperieren mögen. Auch dann gilt vermutlich die Prognose von Andre Brie: »objektiv entsteht mehr Platz für sozialistische Politik, weil [...] andere diesen Platz preisgeben«, ohne dass jedoch »parallel dazu größere Handlungsspielräume entstehen«, weil der PDS »politische Partner abhanden kommen«. Die Regierungsbündnisse von SPD und PDS in den ostdeutschen Bundesländern könnten den durch den Krieg bewirkten tektonischen Verschiebungen zum Opfer fallen – wie auch die rot-grüne Koalition selbst.

Der Abbruch der von Lafontaine verkörperten ökologisch modernisierten sozialen Regulationspolitik in Verbindung mit dem Kriegseintritt bezeichnet einen tiefgreifenden »Paradigmenwechsel in der deutschen Innenpolitik« (Bannas 1999). Das neue Paradigma umschreibt die *Frankfurter Allgemeine* abstrakt und negativ: »Schröder steht vor Aufgaben, nach denen er sich nicht gesehnt hat. Nicht einmal deren Inhalt und deren Konsequenzen sind derzeit zu erkennen. In der Rückschau erscheinen die Risiken, die Adenauer, Brandt und Kohl bei ihren außenpolitischen Entscheidungen eingegangen sind, gering im Vergleich zu dem, was auf Schröder und seine Regierung noch zukommen wird. Auf fatale Weise gewinnt die gerade einen Monat alte Prognose eine neue Bedeutung, mit dem Rücktritt Lafontaines habe Schröders Kabinett die Chance eines >zweiten Anlaufs< erhalten.« (Bannas) Was das für eine »Chance« ist, muss sich noch zeigen.

Nicht der Angriffskrieg gegen das souveräne Land Jugoslawien ist der FAZ zufolge das Problem, das der rot-grünen Regierung zu schaffen macht, sondern die Zivilgesellschaft als eine Gesellschaft von Zivilisten, die ihr Leben nach zivilen Motiven organisieren. Die verweichlichten Massen sollen dazu erzogen werden, den Krieg wieder als normal und den Frieden als Zwischenkriegszeit zu akzeptieren. Konkurrenz ist die Mutter der Leistung, und Krieg ihre Fortsetzung mit andern Mitteln. Schröder und seine Regierungsmannschaft handeln, wie die FAZ registriert, unter fremdgesetzten Zwängen, an denen sie »nicht einmal mehr zweifeln dürfen, wollen sie die Zweifler überzeugen. »Unverschuldet« haben sie »zu verantworten, dass das NATO-Bündnis sich auf eine

³ Wer erwartet, dass »die PDS einen Zustrom an politischer Akzeptanz erfahren« wird, »könnne bald eine ernüchternde Enttäuschung erleben« (Brie).

Militärstrategie im Kosovo verständigte, die aus heutiger Sicht nicht zu Ende gedacht ist, die aber nicht von Bonn aus, sondern nur im Bündnis zu ändern ist – die Fakten legen die Ergänzung nahe: von Washington aus.

Panisch beflissen schien die rot-grüne Regierung seither eine ökonomische und militärische Politik durchzuexerzieren, die ihre Parteien bisher bekämpft hatten und deren Subjekte ihre Führer nur im Sinne der Exekution und der öffentlichen Darstellung waren. Soziale Gerechtigkeit verschwand hinter der »Verantwortung« im Krieg.

Die *Frankfurter Allgemeine* nahm umgehend Maß an den Kriegsgegnern und sprach zugleich kühl das Verschwinden der Sowjetunion als Bedingung für die Möglichkeit des Krieges gegen Jugoslawien aus: »Das ist eine seltsame Koalition, zu der die Kommunisten in Italien und Frankreich oder die PDS in Deutschland gehören, Pazifisten, Nationalisten unterschiedlicher Couleur, aber auch jene Generation politischer Führer, die von den Zeiten geprägt sind, als der Krieg per definitionem >kalt< bleiben musste, weil man befürchtete, nach dem ersten Schuss werde ein Inferno ausbrechen.« (Nonnenmacher) Indem sich aber allzu offensichtlich das Inferno auch jetzt nicht auf diejenigen begrenzen ließ, die man treffen wollte, sondern vor allem jene traf, ja sogar in erster Linie verschlang, denen man helfen zu wollen beanspruchte, war damit zu rechnen, dass ein wachsender Teil der politisch aktiven Bevölkerungsschichten die Kriegspropaganda durchschauen und sich eine politische Repräsentation links von Sozialdemokratie und Grünen schaffen würde. Von alledem, was Lafontaine umtrieb, konnte schon lange keine Rede mehr sein: eine Politik sozialer Gerechtigkeit bei ausgeglichenem Haushalt und fester Währung. An der londoner Börse wurde es »ungeschminkt ausgesprochen: >Der Kosovo-Krieg ist auch ein Krieg gegen den Euro< (FAZ, Finanzmarkt, 1.4.99, 25). Es mag wohl sein, dass die von der FAZ verhöhte »seltsame Koalition« politisch wirksam wird und den Neoliberalen der Spott im Hals stecken bleibt. Voraussetzung wäre freilich eine Neuerfindung der Linken. Das scheint vorerst nicht zu erwarten. Doch es ist nicht gesagt, dass es »Wiederkehr des Unerwarteten« nur von rechts gibt.

Teil II: Der Jugoslawienkrieg als Fortsetzung der Politikunfähigkeit mit anderen Mitteln

1.

Es sieht so aus, als seien zumindest einige der sozialdemokratisch geführten Regierungen Europas, darunter die deutsche, ohne strategisch vorgedachte Perspektive in den Krieg geschlittert. Dieser

machte sie alsbald zu seinen Gefangenen. Ihre Politik beschränkte sich in der Folge darauf, humanitäre Rechtschaffenheit und Siegeszuversicht auszustrahlen. In Wirklichkeit aber lag bei diesem Krieg alles im Argen und Unklaren, seine Ursachen nicht weniger als seine Wirkungen, seine Ökonomie so sehr wie seine Ziele.

Die Regierenden setzten all ihre Darstellungskunst ein, um zu verdecken, dass die unmittelbaren Kriegsursachen keineswegs in dem Wüten der ethnischen Bürgerkriege und Säuberungspolitiken in Jugoslawien sowie in der westlichen Entschlossenheit bestanden, diesen notfalls mit militärischer Gewalt ein Ende zu bereiten. Die Kriegsandrohung verband sich mit Bedingungen, die für Serbien bedingungslose Unterwerfung bedeutet hätten. Zugleich gingen sie entscheidend über die zu Beginn der Verhandlungen »noch offizielle Zielsetzung auch des Westens« (Scheer) hinaus, und zwar in mehrfacher Hinsicht: 1. Nach drei Jahren sollte eine Volksabstimmung über die endgültige Abtrennung des Kosovo von Jugoslawien stattfinden: die Öffentlichkeit hatte man in dem Glauben gelassen, es ginge um Autonomie im Rahmen der Bundesrepublik Jugoslawien; 2. die im Kosovo zu stationierenden Truppen zur notfalls militärischen Durchsetzung einer Friedenspflicht sollten auf Betreiben der USA nurmehr von der Nato gestellt werden, die ursprünglich anvisierte Mitwirkung Russlands wurde ausgeschlossen; 3. damit war auch die vorgängige Einholung eines UNO-Mandats unmöglich gemacht. Die Zerstörung des seit Gorbatschow angebahnten Vertrauensverhältnisses zwischen Russland und Westeuropa sowie die Ausschaltung der UNO sind die beiden großpolitischen Hauptschäden von einem geschichtlichen Ausmaß, das sich noch nicht ermessen lässt.

Der Vertragsentwurf von Rambouillet, den nicht zu unterschreiben die Serben mit der Zerbombung, ihrer Infrastruktur und Industrie bezahlen sollten – aber auch die Kosovaren mit desto entsetzlicherem Elend gewaltsamer Vertreibung –, kommt in einem Ausmaß und einer Schärfe einer aufgezwungenen bedingungslosen Kapitulation gleich, die der Öffentlichkeit nicht bewusst war, nicht einmal den politisch Aktiveren. Hier einige der Bestimmungen:

Art. 6: a) Die NATO genießt Immunität vor allen rechtlichen Verfahren ... b) Die zur NATO gehörenden Personen genießen unter allen Umständen und zu jeder Zeit Immunität ... hinsichtlich sämtlicher... Vergehen, die sie möglicherweise in der Bundesrepublik Jugoslawien begehen.

Art. 8: (...) das Recht zur Errichtung von Lagern, die Durchführung von Manövern und das Recht auf die Nutzung sämtlicher Regionen oder Einrichtungen, die benötigt werden ...

Art. 10: Die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien sollen den Transport ... der NATO ... mit allen angemessenen Mitteln und mit Priorität ermöglichen. Der NATO dürfen keine Kosten berechnet ... Ebenso dürfen keine Zölle, Gebühren (...) Usw. usf.

Es ist, als sollte Rambouillet zu einer Art Versailles der Serben werden: ein solches Diktat, das »schon in seinen Prinzipien ganz Jugoslawien der Hegemonie der NATO unterwirft und es jeder Regierung unmöglich macht, zu unterschreiben« (Ullmann), würde weiterschwären wie eine unheilbare Wunde. Die Bedingungen erinnern an das, was die Alliierten 1945 dem besiegten Nazi-Deutschland auferlegt haben. Wer sie gegenüber Jugoslawien mit der Kriegsandrohung verband, *wollte* den Krieg. Um ihn zugunsten einer menschendienlicheren Lösung zu vermeiden, durfte man Jugoslawien nicht mit dem Rücken an die Wand stellen; das UNO-Mandat war unbedingt als Voraussetzung für (notfalls auch nichtdefensive) militärische Interventionen zu verteidigen; schließlich galt es, die Zusammenarbeit mit Russland fortzuführen. Dass man letzteres nicht wollte, hat ersteres verunmöglicht.

Nachdem die Option Krieg hieß, war es wiederum blind, nicht damit zu rechnen, dass die Bombardierung die Serben zusammenschweißen würden. Erst recht musste von jedem, der irgend etwas über die Konflikte, ihre Geschichte und die aktuellen Gefühlslagen in der Region weiß, die fanatisierende Wirkung, damit eine drastische Verschärfung des Terrors gegen die kosovarische Zivilbevölkerung vorhergesehen werden.⁴ Desto unverständlicher ist, dass die Verantwortlichen keine Vorsorge für die Flüchtlinge trafen. Offenbar glaubten sie zunächst, die Drohung mit Bombardierung werde ausreichen. Als sich das nicht bestätigte, mögen sie geglaubt haben, die Aufnahme von Bombardierung bringe den Erfolg. Als auch dies sich als Irrtum herausstellte, setzten sie auf Intensivierung des Bombardements bei Ausdehnung der Ziele auf nichtmilitärische Infrastruktur (Brücken, Elektrizitäts-, Heiz- und Wasserwerke etc.) und Industrien (Chemische Industrie, Automobilwerke, Haushaltswarenfabriken). Seit auch diese Mittel versagen, redet man unaufhörlich über einen militärischen Einmarsch. Hier stocken zum Zeitpunkt der Niederschrift dieser Zeilen die regierenden Politiker: Bodentruppen sollen erst nach einer Kapitulation Jugoslawiens eingesetzt werden. Ihr Einsatz zur Niederwerfung Jugoslawiens wird ausgeschlossen. Die Fernsehjournalisten pflegen dabei immer das Wörtchen »noch« anzufügen. Ethisch motiviert ist die Verneinung der Invasion keinesfalls: der Distanzkrieg, bei dem Vernichtung und Tod einseitig und fast ausschließlich den Angegriffenen zuteil werden und in den Medien wie ein Computerspiel dargestellt werden kann, stellt für sie kein Problem dar.

⁴ »Wenn man vorher hätte herausfinden wollen, wie man in kürzester Zeit die Leiden der Kosovo-Albaner aufs äußerste steigern kann, dann hätte man zu keinem erfolgreicher Ergebnis gelangen können« (Eörsi).

Bislang hielt man es in Europa für >amerikanisch<, dass Bedenken sich erst meldeten, wenn Särge vom Kriegsschauplatz einzutreffen begannen. Jetzt ist der ganze Westen in diesem Sinne »amerikanisch«. Auch Deutsche dürfen zerstören und töten, nur sollen sie nicht selbst sterben – »noch nicht«.

2.

»Der Krieg im Kosovo pflügt die politische Landschaft Deutschlands um« (Fuhr). Der Journalist, der dies als Tatsache feststellt, zieht zugleich die ihm zu Gebote ziehenden Register, um es zur Sache seiner Tat zu machen: Wer noch auf Interessenausgleich zwischen den Bürgerkriegsparteien im Kosovo drängt, sei dieser auch militärisch zu erzwingen, »betreibt das Geschäft des serbischen Aggressors« (ebd.). Das mit Raketen von der See und aus der Luft angegriffene Serbien ist der »Angreifer«. Diese Freund-Feind-Unterscheidung zeigt die Tendenz, sich, nachdem sie den Gegner unter sich subsumiert hat, über alle andern Gegensätze auszudehnen. In diesen Kontext fügt sich die Beschimpfung Gysis⁵ und der PDS als »fünfte Kolonne Belgrads« durch Bundeskanzler Schröder, eine Brandmarkung, die dazu beitragen dürfte, das Klima für Kritik allgemein gefährlicher werden zu lassen. Da zum Feind wird, wer nicht Freund ist, herrscht zwischen den übrigen Parteien Burgfrieden. Dieser Verzicht auf politische Konkurrenz bedeutet den Verzicht auf politische Kompetenz und damit auf Demokratie. Die Zumutung solcher Selbstaufgabe macht vor den Regierenden, deren Signatur die Freund-Feind-Unterscheidung trägt, so wenig Halt wie vor den Regierten. Der Leitartikel der FAZ legt ihnen nahe, den Militärs das Feld zu räumen: die »politische Ebene« müsse sich »auf die Entscheidung beschränken, ob sie sich militärisch durchsetzen will«, und alles Übrige dem Militär überlassen.

Ermöglicht worden ist dieser Krieg durch die Umwidmung der NATO, die »das westliche Abschreckungsbündnis zum Interventionsinstrument« gemacht hat (Fuhr), das auch ohne Bedrohung seiner Mitglieder überall verfügbar- und einsetzbar sein soll. Die Zustimmung hierzu war etwa bei SPD und Grünen über den Durchgangspunkt erreicht worden, dass von »humanitären Einsätzen« mit UNO-Mandat die Rede war. Der erste militärische Einsatz der alt-neuen Interventionsmacht hat sogleich auch diese Bedingung übersprungen. Die UNO wurde übergangen und an den Rand gedrängt, gleichsam auf die »Frauenarbeit« eines Teils der Flüchtlingsbetreuung beschränkt. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) wurde

⁵ Als Antwort auf die Reise nach Belgrad zur Erkundung politischer Lösungsmöglichkeiten.

ausgeschaltet und mit ihr das Zusammenwirken mit Russland aufgekündigt. Und nicht nur die Marginalisierung Russlands, sondern auch die Chinas und Indiens betrieb die NATO hierdurch. Aber auch den Ansätzen einer eigenständigen europäischen Identität und Konfliktlösungsfähigkeit wird das Rückgrat gebrochen. Jeder dieser Schritte hat die Weltverhältnisse verändert.

Die Medien bewegen sich seither im Medium der funktionalen Lüge, die nur selten durch einzelne Stimmen durchdrungen wird. Wie über den Wahrheitswert der öffentlich geäußerten Behauptungen, kann man über die strategische Rationalität >hinter< der politisch-militärischen Vorgehensweise der NATO-Staaten nur spekulieren. Milosevic saß nach 20 Kriegstagen »fester im Sattel denn je« (Adam). Sollten die Strategen hinter ihren verschlossenen Türen diesen Fall erst gar nicht in Betracht gezogen haben? Historikern wird künftig die Klärung der Frage obliegen, »wie eine Regierung in den Krieg geschlittert ist. Im Falle des Kosovo-Krieges hat sich in der NATO offensichtlich die amerikanische Form der Außenpolitik durchgesetzt: Ohne Kriegserklärung und ohne Schuldbewusstsein wird ein Land in Grund und Boden gebombt.« (Kunczik) Der zitierte Beobachter, ein Medienwissenschaftler, kommt zu dem Schluss, das Kosovo sei »zum Vorhof der amerikanischen Außenpolitik geworden; das Kosovo liegt in der Karibik. (...) Es fragt sich nur, wie lange die >Moral< der Bevölkerung der NATO-Staaten die Kriegsführung unterstützt.« (Ebd.)

In einem Krieg, »von dem niemand zu wissen scheint, wie er beendet werden soll« (Dregger), haben die Politiker die Kontrolle verloren. Vergleichbar mit den Politikern von 1914 haben sie die Initiative an den »Automatismus der Realismus-Falle« (Candeias) verloren. Man muss nicht das eine Subjekt im Hintergrund suchen. Was wie läuft ist auch ein Effekt des Getriebes, Wirkung strukturprozessualer Kausalität, könnte man sagen. Wollten die NATO-Repräsentanten nicht »ihr Gesicht« verlieren, musste angegriffen und von Etappe zu Etappe weitergebombt werden. Die den Krieg »humanitär« legitimierende Schutzabsicht erschien mit jedem Tag mehr als Schutzbehauptung, moralisch gefärbter Rauchvorhang, der den verselbständigte Mechanismus kurzsichtiger Politik verdeckte und damit die Tatsache, »dass humanitäre Erwägungen bei der politischen Legitimierung der NATO-Maßnahme bestenfalls den Status des Beiherspielen haben« (Schweppenhäuser). Das Mittel, mit dem Massenvertreibung verhindert werden sollte, hat diese erst richtig produziert. Die Alternative Bombardierung *oder* Vertreibung und Mord hat sich in der Verbindung beider Übel aufgehoben, und diese Verbindung ist von denen, die »schweren Herzens« bombardieren, selbst produziert worden – ob absichtlich oder nur als Effekt politischer Unfähigkeit oder als Gemengelage aus beidem, sei dahingestellt. Eine makabre Dialektik waltete: Der äußere Gegensatz erzeugte beim Gegner innere Einheit. Rest-Elemente von »Sozialismus«

mutierten zu Elementen von »Nationalsozialismus«. Die Art der Verfolgung des Ziels vernichtete das Ziel. Die politische Ausweglosigkeit radikalierte die Kriegsziele.⁶ Magnetisch zog es die jungen Männer der kosovarischen Diaspora von überall her in den Krieg.

In den westlichen Gesellschaften – und darüber hinaus – bezieht der in Kriegen wie dem gegen Jugoslawien sich manifestierende »humanitäre Imperialismus« seine Konsensfähigkeit aus dem an sich wertvollen Impuls, kollektive Verbrechen an ganzen Bevölkerungsgruppen nicht mehr hinzunehmen. Gegen den Krieg zu sein, wird in die Nähe eines kulturalistischen Relativismus gerückt, der dahingehend karikiert wird, dass er das Abschlachten eines Stammes durch den anderen als kulturelles Erbe würdige, gegen das angesichts des Fehlens eines legitimen universellen Maßstabs nichts einzuwenden sei. Um diesen Zirkel von Verdummtwerden und Gutwilligkeit aufzubrechen, mag es helfen, den postkommunistischen Charakter des jugoslawischen Konflikttypus zu verstehen. Die Ideologen erklären, das sei eine Spätwirkung des Staatssozialismus. Im Falle Jugoslawiens wäre demnach Tito, dessen Einheitspathos die verfeindeten Volksgruppen für eine Epoche zu Jugoslawen verband, der Schuldige. Doch es ist umgekehrt: Das Recht des ökonomisch Stärkeren weckt die Lust aufs Recht des Stärkeren *tout court*, zumal in Regionen, denen die Weltmarktmechanismen insgesamt eine Verliererrolle zuweisen. Der Weg vom Staatssozialismus in die Privatisierung hat mit der Furie des Privateigentums die des Nationalismus entfesselt. Muss man daran erinnern, dass Deutschland mit der formellen staatlichen Anerkennung der ausbrechenden Teile der Bundesrepublik Jugoslawien vorangeprescht ist und damit die Prozesse beschleunigt hat? Der so entfachte Nationalismus der Rette-sich-wer-kann-Privateigentümer wiederum hat, unterhalb der Ebene von Staat-Nation, die ethnischen und religiösen Differenzen entzündet. Blut und Boden, Rache, Raub und Vertreibung herrschen seitdem. Kroatien ging voran; sein Präsident ist keinen Deut weniger für Massenmord und Vertreibung verantwortlich als der serbische. Aber während dieser der satanische Feind ist, ein europäischer Saddam Hussein, genießt jener die Freundschaft Deutschlands. In Yalta soll Churchill auf der Landkarte Jugoslawien mit 50/50 markiert haben: keiner der Blöcke durfte dieses Land vereinnahmen. Mit der Sowjetunion ist diese Schranke gefallen, und »der Westen« hört seither nicht auf, die Zerstörung Jugoslawiens zu fördern.⁷ Den Scharfmachern erscheint es als die »beklemmende Ausnahme« vom vor zehn Jahren eingetretenen Ende der »kommunistischen Diktaturen« (Wehner).

⁶ Wieland Elfferding hält »die politische Arrondierung der Vereinigten Staaten von Europa« für das wirkliche Kriegsziel. Kriegs- und Sterbemusik begleite die »Gründung des Nationalstaats Europa«, wie sie die Gründung der Nationalstaaten des 19. Jahrhunderts begleitet haben. Heute fordere der »Euronationalismus« seine Opfer. Das unterstellt eine geschichtliche Konstruktivität, die vermutlich allenfalls eines unter vielen sich überschneidenden Motiven und Interessen darstellt.

⁷ »Die Europäische Union hat den Zerfallsprozess Jugoslawiens zwar nicht veranlasst, aber unterstützt« (Eörsi).

Demgegenüber gilt es, der Komplexität des Konflikts, die in den Mediatisierungsfiltern hängen zu bleiben droht, durch eine ebenso komplexe Politik gerecht zu werden. Die Logik des Krieges bedeutet eine schreckliche Vereinfachung, die alles in unbearbeitbarer Verworrenheit zurückzulassen droht. Zumindest müsste die nüchtern geschäftsmäßige Regel gelten: »Ein Krieg, der das Gegenteil dessen bewirkt, was er politisch bezwecken sollte, muss beendet werden.« (Dregger) Russland muss einbezogen und die Entscheidung an den UN-Sicherheitsrat zurückübertragen werden.⁸

Literaturverzeichnis

- Adam, Werner: »Wie lange noch?«. In: FAZ, 12. April 1999, 1, Leitglosse
- Bannas, Günter: »Bewährungsprobe einer Generation«. In: FAZ, 3. April 1999, 1
- Brie, Andre, u. Dieter Klein: »Die Dienstleistungspartei«, Interview. In: *Freitag*, 16. April 1999, 12
- Bischoff, Joachim, u.a.: »Schröderisierung oder Die Zukunft der Sozialdemokratie«. In: *Sozialismus*, Heft 4. Hamburg 1999, 5-12
- Candeias, Mario, »Der Kosovo-Krieg im Zeichen einer drohenden Weltwirtschaftskrise«, in: *Das Argument* 230, 41. Jg., 1999, H. 2/3, 177-185
- Dregger, Alfred: »Den Krieg beenden«. In: FAZ, 6. April 1999, 16
- Elfferding, Wieland: »Für Europa sterben?« In: *Freitag*, 16. April 1999, 7
- Eörsi, István: »Für ein Gemetzel genügt ein Messer«. In: FAZ, 17. April 1999, 43 Feldmeyer, Karl: »Nato-Fragen«. In: FAZ, 6. April 1999, 1, Leitartikel
- Fuhr, E.: »Nachbarschaften«. In: FAZ, 6. April 1999, 1, Leitglosse
- Garcia Märquez, Gabriel: »Meine Freunde bei der Nato«. In: FAZ, 14. April 1999, 53 Gaus, Günter: »Zäsur«. In: *Freitag* 12/1999, 19. März
- Haug, Wolfgang Fritz: »Die Wiederkehr des Unerwarteten – Versuch einer historischen Momentaufnahme«. In: *Frankfurter Rundschau*, 2. Mai 1992, ZB 3; Wiederabdruck in: ders., *Determinanten der postkommunistischen Situation*, Hamburg 1993, 82-93
- ders.: Politisch richtig oder Richtig politisch. Linke Politik im transnationalen High-Tech-Kapitalismus. Hamburg 1999
- Jäger, Michael: »Der Würfel ist gefallen«. In: *Freitag* 12/1999, 19.3.
- Kunczik, Michael: »Kompliment, Sie schreiben ja famos!« In: FAZ, 12. April 1999, 54 Müller,

⁸ Von den in der vierten Kriegswoche betriebenen Versuchen der deutschen Außenpolitik, die in diese Richtung zielen, schrieb die FAZ im Leitartikel zynisch, sie würden mit dem Zweck unternommen zu scheitern, um die Legitimation zur verschärften Fortsetzung des Krieges zu besorgen.

Werner: »Geplagt von Zweifeln, aber dennoch fest entschlossen«. In: *Süddeutsche Zeitung*, 5. November 1998, 25; zit.n. Bischoff

Nonnenmacher, Günther: »Drei Gefangene«. In: FAZ, 3. April 1999, 1

Ramonet, Ignacio: »Social-conformisme«. In: *Le Monde diplomatique*, 46. Jg., No. 541, April 1999, 1

Scheer, Hermann: »Der Rambouillet-Vertrag war eine Kapitulationsurkunde«. In: Neues Deutschland, 10./11. April 1999, 3

Schweppenhäuser, Gerhard: »Das Beiher Spielende. Metaphysischer Versuch über die Wesensmerkmale eines nichterklärten Krieges«. In: *Neues Deutschland*, 16. April 1999, 10 Ullmann, Wolfgang: »Passionsgeschichte«. In: *Freitag*, 16. April 1999, 1

Wehner, Markus: »Im Jahre Zehn«. In: FAZ, 12. April 1999, 1, Leitartikel